

12. Auslegung des nach Einführung der deutschen Reichsgoldwahrung gegebenen Versprechens, bestimmte Beträge deutscher Silberwahrung zu zahlen, bei Anlehnschuldverschreibungen, die zum Zwecke der Einlösung älterer Schuldverschreibungen unter Anlehnung an deren Text ausgegeben sind. Anwendung des Art. 14 des Munzgesetzes vom 9. Juli 1873 auf Zahlungen, welche ein Ausländer im Auslande in deutscher Silberwahrung zu leisten vor Einführung der Reichsgoldwahrung versprochen hat.

I. Civilsenat. Urt. v. 9. Februar 1887 i. S. Raschau-Oberberger-Eisenbahn-Gesellschaft (Bekl.) w. D. & B. (Kl.) Rep. I. 414/86.

I. Landgericht Breslau.

II. Oberlandesgericht daselbst.

Die in Budapest ihren Sitz habende Beklagte hat im Jahre 1879 gegen Ausgabe von Teilschuldverschreibungen auf den Inhaber mit Zinskoupons ein Anlehn aufgenommen, von dem es im Texte der Schuldverschreibungen heißt, daß der Zweck der Aufnahme die Einlösung eines gleich hohen, von der bestandenen Aktiengesellschaft des klägerischen Teiles der Czeresz-Tarnower Eisenbahn, mit welcher Gesellschaft die Beklagte vereinigt worden, aufgenommenen Anlehns sei. Die Teilschuldverschreibungen trugen die Aufschrift: „Prioritäts-Partial-Obligation über 300 Gulden österreichischer Währung in Silber gleich 200 Vereinsthaler Vereinswahrung gleich 350 Gulden sddeutscher Währung“. Die Zinskoupons lauteten: „Am pp. zahlt die pp. ohne jeden Abzug dem Überbringer dieses Koupons 7 fl. 50 kr. oder 5 Thaler oder 8 fl. 45 kr. sddeutscher Währung.“ In den den Teilschuldverschreibungen aufgedruckten Anlehnsbedingungen hieß es in betreff der Kapitalrückzahlung: „die Rückzahlung der verlostten Obligationen erfolgt nach der Wahl des Besitzers entweder an der Hauptkasse der Kaschau-Oberberger Eisenbahn in Budapest oder bei den eventuell von der Direktion öffentlich bekannt zu gebenden Bankhusern des In- und Auslandes mit 300 Gulden österreichischer Währung in effektivem Silber, 200 Thaler in Thalerwahrung, oder 350 Gulden sddeutscher Währung an den Überbringer“, und in betreff der Zahlung der Zinsen: „die Auszahlung der Zinsen erfolgt ohne allen Abzug nach Wahl der Besitzer entweder bei der gesellschaftlichen Hauptkasse in Budapest oder bei den eventuell von der Direktion öffentlich bekannt zu gebenden Bankhusern des In- und Auslandes“. Die Teilschuldverschreibungen und Zinskoupons des Anlehns, welches von der Aktiengesellschaft des klägerischen Teiles der Czeresz-Tarnower-Eisenbahn aufgenommen worden war, hatten im wesentlichen denselben Inhalt gehabt. Ihre Ausgabe hatte auf einer Konzeption vom Jahre 1871 beruht, und sie waren vom Jahre 1872 datiert, Klägerin forderte für 148 im Jahre 1886 fällig gewordene Zinskoupons der 1879er Schuldverschreibungen bei der Kasse der Beklagten Zahlung mit 5 Thalern pro Stück. Beklagte erklärte sich aber nur zur Einlösung in österreichischen Silbergulden entsprechend dem in diesen auf den Koupons. angegebenen Nominalbetrage bereit. Die

befindliche Zugtiere unruhig und scheu werden können. Dies ist hier, und zwar unbestritten in Folge des Fahrens der Lokomotive, geschehen, und die Beklagte muß die Folgen dieses Ereignisses, sofern eben weder dem Beschädigten noch dem Führer des Wagens, dessen Pferd scheu geworden, bei dem Unfälle ein eigenes vorwiegendes Verschulden zur Last fällt, vermöge der Haftung für die dem betreffenden Betriebe eigentümlichen Gefahren tragen. Der Fall liegt dem in Entscheidungen des Reichsgerichtes in Civilsachen Bd. 11 S. 146 entschiedenen, in welchem Kohlenstaub, der aus der Lokomotive flog, zur Erblindung eines Auges des beim Rangieren beschäftigten Weichenstellers geführt hatte, durchaus ähnlich.“

11. Findet der §. 100 des Unfallversicherungsgesetzes auch auf Versicherungsverträge, welche durch Beitritt zu Gegenseitigkeitsgesellschaften geschlossen sind, Anwendung? Umfang des Überganges der Rechte und Pflichten auf die Berufsgenossenschaft gemäß §. 100.

I. Civilsenat. Urth. v. 22. Januar 1887 i. S. Prometheus (Bekl.) w. Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie zu Berlin (Kl.). Rep. I. 362/86.

I. Landgericht I Berlin.

II. Kammergericht daselbst.

Der §. 100 des Reichsunfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 lautet unter der Überschrift „Ältere Versicherungsverträge“:

„Die Rechte und Pflichten aus Versicherungsverträgen, welche von Unternehmern der unter §. 1 fallenden Betriebe oder von den in denselben beschäftigten versicherten Personen gegen die Folgen der in diesem Gesetze bezeichneten Unfälle mit Versicherungsanstalten abgeschlossen sind, gehen nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auf die Berufsgenossenschaft, welcher der Betrieb angehört, über, wenn die Versicherungsnehmer dieses bei dem Vorstande der Genossenschaft beantragen.

Die der Genossenschaft hieraus erwachsenden Zahlungsverbindlichkeiten werden durch Umlage auf die Mitglieder derselben (§§. 10, 28 a. a. D.) gedeckt.“

als solche ungeachtet ihrer nunmehrigen Eigenschaft als Reprasantanten der Goldwährung gerichtet erscheinen durfte, könnte gerade dadurch noch eine Verstärkung erfahren, daß es zur Zeit der Ausgabe der Coupons keine Thaler der Silberwahrung mehr gab und nicht anzunehmen wäre, daß eine bereits tote Währung Gegenstand des Versprechens sein sollte. In diesem Sinne muß das Berufungsgericht die Sache aufgefaßt haben, da es mit der Ausführung, die Thaler hätten zur Wahl nicht des Schuldners, sondern des Couponinhabers gestanden, die Sache zu Gunsten der Klagentrage für entschieden erachtet hat. Dieser Auffassung konnte indessen nicht beigetreten werden.

Auch wenn man es im allgemeinen für zutreffend erachten will, daß bei auf den Inhaber gestellten Zinskoupons der Inhaber sich für den Umfang seines Rechtes auf den Inhalt der im Zinskoupon enthaltenen Zusagen ohne Rücksicht auf Einschränkungen, die sich aus dem Inhalte der Kapitalschuldverschreibungen ergeben, berufen kann, wenn der Inhalt des Zinskoupons auf eine Einschränkung durch den Inhalt der Kapitalschuldverschreibung nicht hinweist, so ist dabei doch vorausgesetzt, daß der Inhalt des Zinskoupons sich als ein einer Ergänzung nicht bedurftender völlig klarer darstellt. Bei Zweifeln darf auch vom Erwerber eines solchen Coupons verlangt werden, daß er den Inhalt der Kapitalschuldverschreibung, als deren Zubehorpapier der Zinskoupon ausgegeben ist, einsehe. In bezug auf die Bedeutung des Versprechens der Zahlung in Thalern mußte aber der Umstand, daß daneben als Alternative die Zahlung in Gulden süddeutscher Währung, also einer zur Zeit der Emission nicht mehr bestandenen Munzsorte, angegeben war, sowie die herkömmliche Nebeneinanderstellung dieser beiden Münzsorten der ehemaligen deutschen Silberwahrung in Anlehnschuldpapieren österreichischer Bahngesellschaften Bedenken erregen, und eine Einsicht der Schuldverschreibungen mußte, da sowohl in der Aufschrift wie in Nr. 4 ihrer Anleihebedingungen die Thaler als solche der Thalerwahrung, bezw. Vereinsthaler, ausdrücklich bezeichnet sind und die Alternativen bei der Zinszahlung in gleichem Sinne aufzufassen sind, zu der Überzeugung führen, daß Thaler der alten Silberwahrung gemeint waren. Dies führt indessen nicht dazu, das Versprechen der Zahlung in dieser Währung, weil danach etwas nicht mehr existierendes, wovon beide Teile wissen mußten, daß es nicht mehr existiere, versprochen worden, als ungültig aufzufassen.

Die fragliche Anleihe war dazu bestimmt, an Stelle der Speries-Tarnower Eisenbahnanleihe aus den Jahren 1871/72 im Wege des Austauschens zu treten. Offenbar, um die Modalitäten der Verzinsung und Rückzahlung, welche diese Anleihe enthielt, nicht zu ändern, wie dies auch ausdrücklich die von der Beklagten vorgelegten Statuten derselben §. 12 ergeben, wurden die damals in Geltung gewesenen Münzsorten der deutschen Silberwahrung, auf welche die in jener Anleihe den Gläubigern eingeräumten Alternativen gelautet hatten, in die neuen Anleihebedingungen herübergenommen. Die Gläubiger sollten dasjenige erhalten, was nach den früheren Anleihebedingungen in Ruckzicht auf die unterdessen eingetretene Währungsänderung den Gläubigern der früheren Anleihe zustand. Über die Bedeutung jener Zusagen im Hinblick auf die eingetretene Änderung der Währung in Deutschland sollte in den neuen Bedingungen keine Entscheidung getroffen werden, vielmehr die neue Emission, in Offenlassung dieser Frage, als auf den Zeitpunkt der ersten Emission zurückdatiert gelten. Freilich ist das Rechtsgeschäft, durch welches das einzelne Papier der neuen Anleihe in die Hand des ersten Nehmers gelangt ist, für den Anspruch aus dem Papiere in der Hand des Inhabers ohne Bedeutung. Aber der feststehende Anlaß und Zweck der Emission, insbesondere, wenn er, wie hier, in den Kapitalschuldverschreibungen selbst zum Ausdruck gebracht ist, darf zur Auslegung des Papierses herangezogen werden, namentlich wenn es sich um Bewährung desselben vor einer Wirkungslosigkeit, die der Emittent nicht gewollt haben kann, handelt.

Danach bedarf es aber der Entscheidung der Frage, wie es mit der Anwendung der Umrechnungsnorm des deutschen Munzgesetzes auf ausländische Schuldpapiere, die zur Zeit der Geltung der früheren deutschen Währung auf diese gestellt waren, in solchen Fällen steht, in denen kein Zahlungsort innerhalb des deutschen Wahrungsgebietes festgesetzt, noch die Bezeichnung eines solchen bestimmt zugesagt ist, sod die Zahlung nur im ausländischen Domizile des Emittenten gefordert werden kann. Die vom Reichsoberhandelsgerichte und bisher vom Reichsgerichte getroffenen Entscheidungen betrafen sämtlich Fälle, in denen im Hinblick auf die den Gläubigern nach ihrer Wahl zugesagte Zahlung in deutscher Währung auch Zahlungsplatze innerhalb des deutschen Wahrungsgebietes festgesetzt bzw. zugesagt waren. Da hier bei der Entscheidung davon ausgegangen und trotz erhobener Angriffe

daran festgehalten wurde, daß nach deutscher Rechtsanschauung, wie sie in Gesetzgebung, Doktrin und Praxis zum Ausdruck gelangt ist — übrigens im Einklange mit den Ansichten auerdeutscher Schriftsteller über die Grundsätze des internationalen Privatrechtes — dem Rechte des Erfullungsortes eine subsidiäre Maßgeblichkeit für das Rechtsgeschäft der Zahlung, insbesondere das Maß und die Art der Leistungen, welche die Zahlung der geschuldeten Summe darstellen, beivohnt, so ergab sich hier schon unter diesem Gesichtspunkte der Grundsätze des internationalen Privatrechtes die Unterwerfung der Schuld unter die Umrechnungsnorm des deutschen Munzgesetzes, ohne daß es der Prüfung bedurfte, ob beim Mangel solcher räumlichen Verknüpfung der ausgegebenen Schuldpapiere mit den deutschen Wahrungsplatzen andere Gesichtspunkte zu gleichem Ergebnisse führen mußten.

Vgl. Entsch. des R.D.S.G.'s Bd. 23 S. 205 flg., Bd. 25 S. 41 flg.;

Entsch. des R.G.'s in Civils. Bd. 1 S. 23 flg.¹ und Bd. 6 S. 125 flg.

Bereits in dem zuletzt erwähnten Erkenntnisse ist zunächst unter Absehen von diesem Gesichtspunkte des Erfullungsrechtes ausgeführt worden, daß die auf eine bestimmte Währung lautende Schuld bei Änderung der Währungsbasis, auch wenn das autoritativ festgestellte Umrechnungsverhaltnis als solches den Schuldner nicht binde, nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen immer nur entsprechend der zur Zeit der Änderung im freien Verkehre geltenden Wertrelation zwischen dem als Grundlage aufgegebenen und dem als neue Grundlage angenommenen Metalle umgerechnet werden könne, und daß daher, wenn das der Umrechnungsnorm des deutschen Munzgesetzes zu Grunde gelegte Wertverhältnis zwischen Gold und Silber von $15\frac{1}{2}:1$ zur Zeit des Wahrungswechsels das nach menschlichem Erkennen zutreffende, auf dauernder Wertung beruhende Wertverhältnis beider Metalle zu einander im freien Verkehre war, hieraus die Umrechnung der Schuld entsprechend diesem Verhältnisse folge. Dabei wurde damals freilich unentschieden gelassen, ob dieser Gesichtspunkt auch maßgebend sein würde, wenn zwar Zahlung der deutschen Währung in den diese Währung damals darstellenden deutschen Münzen, aber eben nur im ausländischen Domizile des Schuldners, versprochen wäre, indem letzteres für eine Auslegung verwertet werden

¹ Vollständig abgedruckt in Zeitschrift für Handelsrecht Bd. 27 S. 536 flg.
D. E.

könnte, bei welcher die deutsche Währung nicht schlechthin, sondern eben nur als Silberwahrung zugesagt wäre.

Bei der nunmehr gebotenen Entscheidung des Falles der Zusage der deutschen Währung in den nur im Auslande zahlbaren Verschreibungen ist das Reichsgericht zu gleichem Ergebnisse wie in den früher entschiedenen Fällen gelangt, indem es für ausschlaggebend den Gesichtspunkt hat erachten müssen, daß der Emittent die deutsche Währung lediglich als deutsches Landesgeld, als ein von der derzeitigen Metallgrundlage, auf der es allerdings in bestimmten Münzen zur Erscheinung kam, sodaß es deshalb mit den entsprechenden Munznamen auch in den Schuldpapieren bezeichnet wurde, ablosbares, auch bei Unterlegung eines anderen Metalles seine Kontinuität bewahrendes Zahlungsmittel hat zuzugewahren und sich demnach der für den Fall solcher Änderung des Metalles eintretenden autoritativen Umrechnungsnorm, sofern dieselbe nicht mit der wirklichen Bewertung des Verhältnisses der beiden Metalle im freien Verkehre zur Zeit des Erlasses der Umrechnungsnorm in augenscheinlichen Widerspruch stehen mochte, hat unterwerfen wollen.

Es ist davon auszugehen, daß die Zusage der Zahlung in deutscher Währung auch beim Mangel der Festsetzung von Zahlungsorten innerhalb Deutschlands erfolgt ist, um dem deutschen Kapitale einen festen Zinsbetrag in Landeswährung zuzusichern. War den deutschen Gläubigern auch der Vorteil der erleichterten Einziehung der Koupons innerhalb des eigenen Gebietes nicht gewährt, so sollten sie doch nicht einen schwankenden, nach dem Verhältnisse von Angebot und Nachfrage sich jedesmal regelnden Wert der fälligen Koupons über österreichische Silbergulden in deutscher Währung, sondern einen festen Betrag deutscher Währung erhalten. Daß die Gläubiger die Zinsen in Pest erheben mußten, wenn die Beklagte sich nicht veranlaßt fand, Einlosungsstellen in Deutschland zu bezeichnen, erscheint bei der Leichtigkeit und Häufigkeit der Verbindungen zwischen deutschen und österreichisch-ungarischen Bankgeschäften nicht als ein Umstand, der die Zusage der bestimmten deutschen Währung in ihrer Bedeutung abzuschwächen imstande wäre. Der Betrag in der deutschen Währung, entsprechend den zur Zeit der Zusage geltenden Landesmunzen, wurde bei der Zusage bemessen nach dem damaligen Wertverhältnisse der betreffenden Gulden österreichischer Währung zu den Münzen deutscher Währung, aber die Zusage erteilt ohne Rücksicht darauf, ob dieses Verhältnis stets dasselbe bleiben und

daher den Emittenten die Anschaffung der betreffenden Quantität deutscher Landesmunzen stets nicht mehr als den betreffenden Betrag österreichischer Gulden kosten würde. Will man bei dem hierauf in Deutschland eingetretenen Währungswechsel von der dem Verhältnisse der beiden Edelmetalle im freien Verkehre möglichst entsprechenden deutschen Umrechnungsnorm absehen, so giebt es keine Lösung, bei welcher ein an die Stelle der zugesagten deutschen Währung zu Setzendes wirklich als Surrogat der Erfüllung jener Zusage zu erachten wäre, selbst wenn man dabei auf das Moment der Vorausbestimmtheit der jedesmal zu gewährenden Summe, ein sicherlich für den in Deutschland von seinen Zinsen lebenden Kapitalisten sehr wesentliches Moment, verzichten wollte. Daß es der Bedeutung der Zusage durchaus nicht entspräche, die Verpflichtung, deutsches Wahrungsgeld zu zahlen, als Verpflichtung, eine Menge Rohsilber, wie sie in jenem Wahrungsgelde enthalten, zu entrichten, aufzufassen, sodas nunmehr jene Verpflichtung dadurch erfüllt werden könnte, daß soviel jetziges deutsches Wahrungsgeld gegeben würde, als erforderlich, um dafür die entsprechende Menge Rohsilber anschaffen zu können, ist bereits in Entsch. des R. O.'s in Civilf. Bd. 6 S. 125 flg. näher begründet worden. Die Auffassung, es dürften die fraglichen Emittenten den Einlosungskurs ihrer Zinskoupons nie unter, müßten ihn vielmehr stets etwas über den Kurs der Wechsel auf kurze Sicht — die den Wert der zugesagten österreichischen Währung in deutscher Münze bestimmten — halten und dies etwas sollten die Borsenautoritaten arbitrieren,

vgl. Bekker, über die Kouponsprozesse S. 125, ist in Wahrheit kaum etwas anderes, als das Zugeständnis, daß, wenn man von der Umrechnungsnorm infolge des Wahrungswechsels absehen und doch dies nicht die Folge haben soll, daß die Emittenten weniger, als sie versprochen haben, leisten, indem sie eben bloß die österreichische Silberwahrung geben, es an jeder Möglichkeit, für die Erfüllung jener Zusage ein rechtlich beachtliches Surrogat zu finden, fehlt. Denn es ist nicht ersichtlich, wie jemand, auch wenn er eine Borsenautoritat wäre, zu einer auch nur annähernden Ermittlung darüber gelangen sollte, um wieviel die betreffende Summe von Thalern, wenn noch in Deutschland Silberwahrung bestände, über den derzeitigen Wert der versprochenen Summe österreichischer Silbergulden hinausgehen würde.

Vgl. Hartmann, Internationale Geldschulden S. 34.

Diese Unmöglichkeit, ein Surrogat zu finden, würde unter einem Gesetze, welches für Wahlobligationen dem zur Wahl berechtigten Gläubiger bei Vereitelung der Wahl durch Wegfall der einen Erfullungsmoglichkeit auch ohne Verschulden des Verpflichteten das Rücktrittsrecht gewährt, dazu führen, daß die Gläubiger das ganze Anlehnsgefaht rückgängig machen könnten. Es kann ununtersucht bleiben, ob das im Königreiche Ungarn geltende Recht von dem gleichen Grundsatz ausgeht. Im Zweifel wird immer angenommen werden müssen, daß auch bei einer qualifizierten Geldschuld — bei der eben das Geld im Sinne der Geltung als solches in einem bestimmten Lande, nicht die Munzstucke als solche das wesentliche sind — die Interessenten den Eintritt einer Unmöglichkeit der Leistung ausgeschlossen erachten wollen, und die Entscheidung wird im Falle der gestellten Wahl für die beiden Währungen nicht anders ausfallen können, als wenn die Papiere allein auf die deutschen Thaler gestellt gewesen wären. Dem Emittenten eines Anlehns von über vier Millionen Gulden, für welches eine Amortisationsperiode, die bis über die Mitte des nächsten Jahrhunderts hinausreicht, festgesetzt wird, darf man die Voraussicht zumuten, daß der Fortbestand der zur Zeit der Ausgabe der Papiere bestandenen Währung während eines so langen Zeitraumes fraglich ist. Gleichwohl wird ein solcher Emittent weder wollen, daß im Falle solchen Wahrungswechsels das Anlehn vor der Zeit fällig oder das ganze Anlehnsgefaht hinfällig wird, noch, wenn man den Maßstab treuen Verhaltens anlegt, daß die Gläubiger in solchem Falle das zugesicherte Recht eines Zinsgenusses in festem Betrage des Geldes ihres Landes einbußen sollen. Der Einführung einer gänzlich willkürlichen, etwa auf Bereicherung der inländischen Gläubiger auf Kosten des Auslandes ausgehenden Konvertierungsnorm hatten sich die österreichischen Emittenten vonseiten Deutschlands sicherlich nicht zu versehen.

Allerdings ist nach der Einführung der Goldwährung in Deutschland eine Verschiebung des der gesetzlichen Konvertierungsnorm zu Grunde gelegten Verhältnisses zu Ungunsten des Silbers eingetreten, und diese hat den Anlaß gegeben, daß die österreichischen Bahnen mit der Weigerung, etwas anderes als die angegebene Anzahl österreichischer Gulden zu zahlen, hervortraten, wie denn auch diejenigen Eisenbahnen, die eine Zusage auf Zahlung in Franken gemacht hatten, nunmehr, obwohl der Frank noch immer dasselbe Quantum Edelmetall enthielt, das

er zur Zeit der Emission der betreffenden Schuldverschreibungen erhalten hatte, auch nicht etwa, wie der deutsche Thaler, einen anderen Metallwert wie zur Zeit jener Emission repräsentierte, die Zahlung in Franken bloß deshalb weigerten, weil infolge der zum Teil in Wirkung der deutschen Währungsänderung in Frankreich verordneten Sistierung der Silberpragung zum Erwerbe derselben Quantität von Franken das früher zureichende Quantum Silber nicht mehr ausreicht. Die Verschiebung des der deutschen Konvertierungsnorm zu Grunde liegenden Wertsverhaltnisses zum Nachtheile des Silbers wird von den Einen der deutschen Munzreform als der ausschließlich wirkenden Ursache zugeschrieben, während Andere zu gleicher Zeit aufgetretenen, die Silberproduktion steigenden und den Silberabflu vermindernenden Ereignissen eine derartig mitwirkende Bedeutung beimessen, daß ohne dieselben die Silberentwertung vermieden worden wäre. Gleichviel, welche Annahme die richtige ist, jedenfalls ist die Verschiebung des an sich zur Zeit der Konvertierung zutreffenden Wertsverhaltnisses von Silber zu Gold, die nach Einführung der Munzreform stattgefunden hat, nicht vorausgesehen worden, und man muß das Moment, daß nun die österreichischen Emissionen mehr aufzuwenden haben, als sie als erforderlich voraussahen, bei der Frage der Interpretation ihres Willens durchaus fernhalten. Daß jemand, um einen zugesagten Gegenstand leisten zu können, infolge des Eintrittes von Ereignissen, die die Anschaffung dieses Gegenstandes erheblich verteuern und ihn ebendeswegen auch für den Erwerber, den Fall der Wiederveräußerung gesetzt, wertvoller machen, viel größere Aufwendungen machen muß, als er vorausgesehen hat, ereignet sich im Verkehre oft. Niemand behauptet, daß deshalb im Wege der Willensinterpretation der bestimmte Leistungsgegenstand als ein beschränkt, nur unter der Voraussetzung der Beschaffung zum vorhergesehenen Preise versprochener anzusehen wäre. Es erscheint aber ebenfalls einseitig, bei der Interpretation einer Zusage, die nach ihrer Fassung es zweifelhaft läßt, ob der Leistungsgegenstand in einem beschränkteren oder umfassenderen Umfange als zugesagt zu erachten ist, es für entscheidend gegen das letztere zu erachten, daß alsdann der Versprechende nunmehr größere Aufwendungen, als er voraussah, zur Erfüllung machen müßte. Vielmehr muß in Fällen, wie der vorliegende, in Betracht gezogen werden, ob sich der Reiz, den die Zusage fester Landeswährung ausüben sollte, hätte ausüben lassen, wenn zugleich alle die Klautelen gemacht worden

wären, die für den Fall irgend welcher möglichen Änderung der Munzgesetzgebung während eines neunzigjahrigen Zeitraumes den Schuldner vor Mehraufwendungen zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten schützen würden, und ob, wenn der Reiz damit verloren ging, während er doch nicht entbehrt werden sollte, damit sich nicht die Notwendigkeit ergab, daß der Zusagende das Risiko solcher Mehraufwendungen, auch wenn er ihren Umfang nicht völlig uberschaen konnte, übernahm. Der Emittent eines Anlehens, das sich an das Anlage- und Sparkapital wendet, kann nicht erwarten, daß bei der Beurteilung der Bedeutung seiner Willens-Äußerungen sich der einzelne Kapitalanleger auf den Standpunkt eines weitsehenden Grofinanziers oder Groindustriellen aufschwingt und die erteilten Zusagen unter dem Gesichtspunkte abwägt, welche Opfer sie dem Emittenten bei einem bestimmten Verhältnisse im Falle von Munzveranderungen auferlegen könnten, und ob dabei der Zweck des Emittenten sich in gedeihlicher Weise erfüllen lassen könne. Vielmehr muß sich der Emittent für die Beurteilung der Bedeutung seiner Willens-Äußerungen auf das Niveau des einzelnen Kapitalanlegers stellen, der sein Jahresbudget in dem Gelde seines Landes aufstellt, die Erlangbarkeit des für seinen Unterhalt Erforderlichen nur nach Landesgeld bemisst, auf bestimmte Zinseinnahmen in Landesgeld rechnet und auch bei der Anlage in den fraglichen Papieren nach dem Willen des Emittenten rechnen soll, die Bezeichnung des zugesagten Geldes in „Silber“ oder „Thalerwahrung“ als die Wiedergabe der Landesmunzen, in denen sich das Landesgeld zur Zeit darstellt, auffaßt, aber nicht daran denkt, daß im Falle eines Überganges seines Landes von der Silber- zur Goldwährung, obwohl die entsprechend der gesetzlichen Umrechnungsnorm an die Stelle der bisherigen tretenden Münzen eine höhere Kaufkraft für ihn nicht enthalten, alles dies in Frage gestellt sein sollte. Wieweit man sich durch die Hervorkehrung des Gesichtspunktes des Mehraufwandes von der richtigen Beurteilung entfernt, ergibt sich insbesondere daraus, daß man selbst den Standpunkt der Bahngesellschaften, die die zugesagten Franken nicht mehr zahlen wollen, weil infolge der Siftierung der Befugnis des Publikums, Silber in Funffrankenstucke umpragen zu lassen, durch die französische Gesetzgebung, die infolge des Fallens des Silberwertes erfolgte, die Franken teurer geworden sind, für beachtenswert hat ansehen und in Statuierung der Möglichkeit, den Begriff des zugesagten Franken verschieden aufzufassen,

eine höchst heikle Interpretationsfrage als vorliegend hat erachten wollen.

Für den vorliegenden Fall kommt übrigens noch hinzu, daß zur Zeit der Ausgabe der Oerries-Tarnower Anleihe die Währungsänderung in Deutschland nicht mehr eine bloße wegen der langen Dauer der Amortisationsperiode als möglich zu setzende Eventualität, sondern ein der Wirklichkeit schon sehr nahe gerucktes Ereignis war. Die Anleihe beruhte auf einer Konzessionsurkunde aus dem Jahre 1871 — näher ist die Zeit nicht angegeben —, aber die Schuldverschreibungen sind von 1872 datiert, sodaß sie auch vorher nicht ausgegeben sein dürften. Vom 5. November 1871 aber datiert das Schreiben, mit welchem dem deutschen Reichstage seitens des Reichskanzlers der Gesetzentwurf, betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmunzen, mit Motiven zugegangen ist, auf dessen Grundlage das betreffende Gesetz vom 19. Dezember 1871 (R.G.Bl. 1871 S. 404 flg.) zustande gekommen ist. In den Motiven dieses Gesetzentwurfes,

vgl. Druckf. des Reichstages I. Legislaturperiode 2. Session 1871
Bd. 1 Nr. 50 S. 8. 9. 13,

war ausdrücklich gesagt, daß als Ziel der Munzgesetzgebung der Übergang zur reinen Goldwährung in das Auge gefaßt sei und es sich jetzt darum handele, zur Vorbereitung dieses Zieles durch Einführung von Reichsgoldmunzen einen einem Doppelwahrungssysteme ähnlichen Übergangszustand zu schaffen, sowie das schon hier für das Verhältnis dieser Münzen zu den Silberrmunzen festgesetzte Verhältnis von $15\frac{1}{2} : 1$ — wie es auch im §. 8 des Gesetzes seinen Ausdruck gefunden hat — damit begründet, daß dieses Verhältnis das von der französischen Doppelwahrung adoptierte sei, welche Währung sich Menschenalter hindurch so bewährt habe, als eine Doppelwahrung sich überhaupt bewähren könne, und daß, weil das bestehende Munzsystem in einem großen Gebiete auf dieses Verhältnis gebaut sei, ein Gravitieren der Marktpreise der Edelmetalle nach diesem Preisverhältnisse für längere Zeit gesichert erscheine. Hiernach trat damals schon mit hinreichender Deutlichkeit die für den Fall des Überganges zur Goldwährung in das Auge gefate Konvertierungsnorm in die Erscheinung, während derjenige, der damals dem deutschen Kapitale für ein auf neunzig Jahre berechnetes Anlehen die Zahlung von Zinsen und Kapital in deutscher Währung in den damals geltenden Münzen bezeichnet zusagte, nicht mit Grund ein Ver-

ständnis dieser Zusage in dem Sinne, daß sie nur gelten solle, solange die bisherige Silberwährung in Deutschland noch bestehe, in Anspruch nimmt.“